

SPERRFRIST bis
aufgehoben am 11.2.03
KAL

Interrogation # 983.

Dr. Essinger - Ministry Section
Mr. Neoleyhan

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

1948/56

Vernehmung des Edinger ANCKER vom 28. März 1947
von 17 Uhr 35 bis 16 Uhr 10 durch Mr. BEAUVAIS.
Frl. Bergmann, Stenografin.

1. F. Was ist Ihr voller Name?
 - A. Edinger ANCKER.
2. F. Ich muss Sie vereidigen. Stehen Sie bitte auf, erheben Sie Ihre rechte Hand und wiederholen Sie den Eid: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde, so wahr mir Gott helfe.
 - A. Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde, so wahr mir Gott helfe.
3. F. Sie wissen, dass Unterlassungen in Ihrer Aussage unter Eid als ebenso schwere Eidesverletzung betrachtet werden, wie eine falsche Aussage unter Eid?
 - A. Ja wohl.
4. F. Haben Sie das Empfinden, dass Sie Verpflichtungen oder Bindungen zu Lebenden oder Verstorbenen haben, die Sie in Konflikt mit Ihrem Schwur bringen und Sie daran hindern könnten, die volle Information zu geben, nach der Sie gefragt werden?
 - A. Nein.
5. F. Wann sind Sie geboren?
 - A. 22. Februar 1909.
6. F. Wo?

A. Kiel.

7. F. Geben Sie mir nun ganz kurz Ihren Bildungsgang.

A. Besuch der Humanistischen Gymnasien in Kiel und Hamburg, 1928 Reifeprüfung, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Hamburg, Wien und Berlin. 1. juristische Staatsprüfung Mai 1933 in Berlin am Kammergericht. Praedikat: Voll befriedigend. $\frac{1}{2}$ Jahr Gerichtreferendar im Bezirk des Oberlandesgerichts Kiel, Amtsgericht Tonning. anschliessend Uebernahme als Regierungsreferendar bei der Regierung in Schleswig. Ausbildung bei Landratsamt Husum, Polizeipraesidium in Flensburg, $\frac{1}{2}$ Jahr geschaeftsfuehrender Buergemeister in Ahrensburg bei Hamburg, anschliessend Regierung Schleswig. Grosse Staatsprüfung fuer den hoeheren Verwaltungsdienst im Dezember 1936. Anschliessend bis Februar 1938 Regierungsassessor am Landratsamt in Altenkirchen / Westerwald, bis Dezember 1938 Referent fuer Landwirtschaftsfragen beim Oberpraesidium der Provinz Mark Brandenburg in Berlin. Januar 1939 bis Dezember 1939 Hilfsreferent im Reichsministerium des Innern, Personalabteilung, Preussen Referat, Nachwuchsfragen (Regierungsreferendare und Dienststrafsachen). Ab Dezember 1939 Soldat bis Mai 1940. Feldweibel und Auskuehler in einem Infanterie-Ersatz-Bataillon. Juni 1940 bis Dezember 1941 Personalreferent beim Reichskommissar fuer die besetzten Niederlaendischen Gebiete in Den Haag.

8. F. Was hat Ihr Posten als Personalreferent eingeschlossen?

A. Meine Aufgabe war, die Personalanforderungen der Sachgebiete des Reichskommissars mit den obersten Reichsstaeborden zu besprechen. Der Leiter der Praesidial-abteilung war mein Chef. - Januar 1942 bis Maerz 1944 abgeordnet zur Staatsrechtlichen Abteilung der Parteikanzlei. Sachgebiet Reichsministerium des Innern. Bezeichnung Gruppenleiter. Die Gruppe umfasste das

Reichsministerium des Innern, Rechnungshof des Deutschen Reiches, Reichsstelle fuer Raumordnung, Auswaertiges Amt - das nur pro forma, vom Auswaertigen Amt kam alle $\frac{1}{2}$ Jahr ein Konsularvertrag, der abgeschrieben wurde - Ostministerium - das war auch lediglich eine allgemeine Fuehrung. Die sachliche Arbeit wurde bei den Fachreferaten gemacht. Die Plaeane der Ostministeriums ueber die Beteiligung der Russen an der Verwaltung sind besprochen worden. Aber auch hier war es so im allgemeinen, dass diese ganzen Dinge ausserhalb von uns vorbeiliefen, weil die Chefs das untereinander besprachen. Das Innenministerium ohne Follmer, wenn ich das hinzufuegen darf.

9. F. Wer hat das gehabt?
- A. Ein Sturmabfuhrer Dr. BEYER vom RSHA.
10. F. Das waren die Gebiete?
- A. Das waren die formalen auf dem Geschaeftsverteilungsplan genannten Gebiete.
11. F. Das haben Sie gemacht, bis Sie dann zur Waffen-SS gekommen sind?
- A. Ich habe mich wiederholt freiwillig gemeldet. Ich bin entgegen meinem ausdrucklichen Wunsch und Willen in die Parteikanzlei berufen worden. Dann habe ich immer wieder versucht, da auszusteiigen durch Meldung zur Wehrmacht und habe das endlich fertig gekriegt im Dezember 1943. Das hat sich dann hingezogen bis Mai 1944 und dann bin ich zur Waffen-SS eingezogen worden auf Grund eines Abkommens zwischen HIMMLER und KEITEL, dass alle ehrenastlichen Rangfuhrer wie ich im RSHA, soweit sie Offiziers-Anwaerter waren, zur SS einberufen werden. Bis zur Internierung im Mai 1945 Angehoeriger der Waffen-SS. Zuerst Kriegsgefangenschaft, dann Internierung.
12. F. Jetzt geben Sie mir bitte Ihre Befoerderungen an.
- A. Assessor mit der Pruefung Dezember 1936, Regierungsrat Juli 1939, Oberregierungsrat April 1941, Ministerialrat Mai 1944, da war ich schon Soldat.

25-8-12-4
Archiv

13. F. Parteimitglied?

A. Seit 1. Januar 1931.

14. F. Welchen Dienst haben Sie in der Partei getan, ausser Ihrer Taetigkeit in der Parteikanzlei?

A. Zuerst bin ich in den Studentenbund eingetreten und dann im Maerz 1931 wieder ausgetreten. SA-Mann von 1931 bis Mai 1933.

15. F. Wieso haben Sie sich so gestraeuht gegen die Berufung in die Partei-Kanzlei?

A. Der Parteikanzlei ging in Beamtenkreisen ein schlechter Ruf voraus. Es wurde geaukelt, was sich nachher auch bestaetigte, dass der Reichsleiter BORMANN ein unangenehmer Chef sei, uehrlich gesagt, ich wollte auch meinen ganzen Freunden und Bekannten gegenueter nicht als Parteibosse verschrieben sein. -

Dann bin ich zur SS gegangen, weil mir der Betrieb in der SA nicht mehr behagte, im Juli 1933 in Kilderstaett, wo ich am Amtsgericht war. Zunuechst bin ich einfacher SS-Mann gewesen.

16. F. Was war Ihr hoechster Dienstgrad in der SS?

A. Obersturmbannfuuehrer. In der Allgemeinen SS habe ich einen Stura gefuehrt.

17. F. Sie haben aktiven Dienst in der SS getan?

A. Jawohl, bis zu meiner Einberufung in das Ministerium, Januar 1939. Dann war das beruflich nicht mehr moeglich. Im Mai oder Juni bin ich als Rangfuuehrer in das RSHA uebernommen worden.

18. F. Was bedeutet das?

A. Alle Rangfuuehrer im Ministerium wurden damals in das RSHA uebernommen, schieden damit aus der Allgemeinen SS aus und wurden dann ihres Beamten-dienststrang nach befoerdert. Ich wurde zum Sturmbannfuuehrer befoerdert. Dienst hatte ich keinen zu machen. Als ich Oberregierungsrat wurde, wurde

ich zum Obersturmbannführer befördert.

19. F. Welchen anderen Organisationen haben Sie angehört?

A. Juristenbund von 1934 bis 1939, ausgetreten aus persönlichen Gründen. Ich sollte dann in den Reichsbund Deutscher Beamten eintreten, das hat man abgelehnt. NSV.

20. F. Noch eine Ergänzung: Ihr ^{Widerstreben} ~~Widerstreben~~ in der Parteikanzlei tätig zu sein, war - wenn ich das richtig verstanden habe - nicht aus einer inneren Ablehnung des Nationalsozialismus bedingt, sondern weil Sie nicht in den Ruf eines Parteibonzen kommen wollten?

A. Ich bin der Auffassung gewesen, dass ich damit als deutscher Mann meine Pflicht tat, indem ich als Nationalsozialist meine Pflicht tat.

21. F. Sind Sie heute noch der Auffassung?

A. Wenn ich das heute alles nachträglich sehe, wäre ich nie Nationalsozialist geworden, wenn ich es vorher gewusst hätte.

22. F. Was?

A. Die KZ-Entwicklung, die Politik HITLER's. Es ist praktisch so, dass wir an der Nase herumgeführt wurden. -

In der Parteikanzlei ist mir der Dienstgrad eines Dienstleiters der NSDAP verliehen worden.

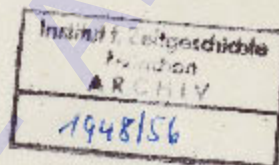
RESTRICTED

Invent. v. 31.3.47

ZS 812-E

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Vernehmung des Edinger ANCKER vom 31. Maerz 1947
von 14 Uhr 15 bis 15 Uhr 30 durch Mr. BEAUVAIS.
Frl. Bergmann, Stenografin.



1. F. Sind Sie derselbe Edinger ANCKER, der von mir am 29. Maerz 1947
vereidigt wurde?
A. Jawohl.
2. F. Sind Sie sich darueber klar, dass Sie noch unter diesem Eid stehen?
A. Jawohl. -
Ich moechte zu der vorhergegangenen Vernehmung noch einiges ergaenzen.
3. F. Was ist die Ergaenzung?
A. Ich bin im Wintersemester 1929/30 noch im akademischen VDA gewesen. -
Nach meiner Einberufung habe ich meine Ernennung zum Landrat des
Kreises Ratzeburg noch betrieben. Bei einem Besuch im Februar 1945
wurde mir in der Personalabteilung des Innenministeriums gesagt, die
Ernennung zum Landrat stueende unmittelbar bevor. Auf der Regierung in
Schleswig konnte ich 1946 nicht erfahren, ob die Ernennung noch durchge-
gangen ist.
4. F. Der Dienstgrad eines Dienstleiters der NSDAP ist ein Dienstgrad im
Korps der Politischen Leiter?
A. Jawohl.
5. F. Haben alle Ihre Kollegen in der Parteikanzlei solche Titel gehabt?
Gehoerten alle dem Korps der Politischen Leiter an?
A. Die, die vor mir da waren, hatten ihn bestimmt.
6. F. Wer war das?

A. Oberregierungsrat KAPP, Oberregierungsrat Dr. NEESE, Regierungsrat GOERCKEN.

7. F. KLEMM?

A. Der ist, wenn ich nicht irre, mit mir Dienstleiter geworden.

8. F. War der auch Dienstleiter?

A. Ja, Dienstleiter. Nun weiss ich nicht, ob er es schon vorher war oder mit mir geworden ist.

9. F. Nun moechte ich, dass Sie mir zunaechst sachlich schildern, ohne in das Materielle zu gehen, worin Ihre Arbeit in der Parteikanzlei bestanden hat.

A. Die Parteikanzlei war ja beteiligtes Ministerium oder hatte die Stellung eines bei der Gesetzgebung beteiligten Ministeriums. Jedes Ministerium musste also seine gesetzgeberische Akte, Gesetzesvorlagen, Verordnungsentwerfe, der Parteikanzlei zur Stellungnahme einreichen.

10. F. Dann war es nicht beteiligtes, sondern uebergeordnetes Ministerium.

A. An sich nur beteiligtes Ministerium. Es musste, wie jedes andere, nur zustimmen.

11. F. Und wenn es nicht zustimmte?

A. Dann war theoretisch der Fall gegeben - wenn der Fachminister und auch die anderen beteiligten Ressorts zugestimmt hatten - dann die Entscheidung des Fuehrers ueber die Reichskanzlei zu erbitten. Den Weisungen der Parteikanzlei brauchte nicht Folge geleistet werden.

12. F. Aber den Weisungen der Reichskanzlei?

A. Das weiss ich nicht, ob das stimmt. Die Reichskanzlei war ja an sich nur eine geschaeftsfuehrende Dienststelle des Staatschefs.

13. F. An sich. Was war es praktisch?

A. Ich habe auch mit den Herren der Reichskanzlei zu tun gehabt, z.B. Dr.

FICKER. Die haben sich im allgemeinen einer sachlichen Stellungnahme enthalten und haben nur dafuer gesorgt, dass bei den Entscheidungen, die HITLER vorgelegt wurden, alle beteiligten Ressorts gehoert waren. Das war auch ein typischer Verfall, dass jedes Ressort die Moeglichkeit hatte, HITLER vorzutragen oder durch die Reichskanzlei die Sache zur Entscheidung vorzulegen. Dadurch kam ein furchtbares Durcheinander.

14. F. Die Parteikanzlei war beteiligtes Ministerium, sagen Sie?

A. Jawohl.

15. F. Was bedeutet der Grundsatz: "Die Partei befiehlt dem Staat" praktisch?

A. Darueber war selbst in der Parteikanzlei der groesste Widerspruch. Da hat es in der Parteikanzlei ueberhaupt keine klare Meinung gegeben. In der politischen Abteilung, Abteilung II, schlossen darauf hin: Wir befehlen Euch. Wir Beamten sagen: Die Partei befiehlt dem Staat in der Gesetzgebung, also indem der oberste Staatschef Parteichef ist und auf dem staatlichen Sektor alles durchsetzen kann. Ferner nicht "befiehlt", aber die Partei hat Einfluss auf den Staat ueber die Parteikanzlei, da sie zu hoeren ist bei der Gesetzgebung und bei der Ernennung der hoeheren Beamten. Wie gesagt, das war unsere Auffassung, an die wir uns stark gehalten haben und keinen Schritt davon abgewichen sind, weil wir uns schon persoenlich nicht diesen z.T. menschlich und fachlich unqualifizierten Leuten unterstellen wollten.

16. F. Worin hat im Rahmen dieser Beteiligung Ihre persoenliche Arbeit bestanden?

A. Nun kamen von den Ministerien diese Vorlagen. Dann war zu pruefen: Welche Dienststelle der NSDAP koennte dazu etwas sagen? Dann gingen diese Erlasse zu den Dienststellen. Diese Dienststellen nahmen dazu Stellung. Dann wurden diese Stellungnahmen gesammelt und es wurde dann eine Antwort

an das Ministerium entworfen.

17. F. Was meinten Sie mit "Dienststelle"?

A. Das waren die Aemter der NSDAP, also die Hauptaemter, z.B. auf meinem Sachgebiet das Hauptamt fuer Kommunalpolitik, das Hauptamt fuer Volksgesundheit, das RSHA in allen Verwaltungsdingen.

18. F. Das Rassepolitische Amt?

A. Das hatte praktisch gar keine Bedeutung und ist kaum gehoert worden. Es fiel auch nichts an in diesen Dingen. Das war GROSS. -
Es gab auch einige Gauleiter, die fuer irgendein Fachgebiet ein Interesse hatten. Das war uns dann von oben gesagt worden, dass der unbedingt zu hoeren sei. Dann wurde auch dieser Entwurf dem Gauleiter geschickt. Zum Beispiel mussten alle verfassungsrechtlichen Dinge dem Gauleiter Adolf WAGNER, Muenchen, zugeleitet werden, weil der irgendwie vom Fuehrer den Sonderauftrag hatte fuer diese verfassungsrechtlichen Geschichten. Diese Stellungnahme wurde zusammengefasst in einer Antwort an das Ministerium, dann ging es zurueck an das Ministerium. Wie gesagt, Personaldinge hatten wir nicht.

19. F. Das war § III P.

A. Ja, III P. Wenn da Zweifelsfragen waren, wenn es so erledigt werden konnte, dann fuehren wir nach Berlin. Deshalb bin ich in der Woche meistens 3 Tage in Berlin und 3 Tage in Muenchen gewesen. Dann bin ich zu den einzelnen Referenten hingegangen, wir haben die Sache besprochen und es wurde gesagt, vielleicht lassen sich diese Vorschlaege unter der Hand erledigen, wenn es sachlich berechtigt war.

20. F. Wieso hatte das Rassepolitische Amt fuer Sie keine Bedeutung?

A. Weil praktisch auf dem Sachgebiet keine Verordnungen oder Erlasse gemacht

grundsatzlicher Art in meiner Zeit herausgekommen sind.

21. F. Ich weiss natuerlich nicht, was Rassepolitik ist.

A. Das Rassepolitische Amt war, soweit ich das beurteilen konnte, eine Schulungsangelegenheit von Herrn Dr. GROSS, der einen weichen und schwachen Eindruck machte, der also in keiner Weise gegen einen Gau- oder Reichsleiter sich durchsetzen konnte. Das Hauptamt fuer Volksgesundheit war etwas staerker in der Position, weil CONTI als Reichsgesundheitsfuehrer in der Leitung dieses Hauptamt bestaerkte.

22. F. Wir werden diese Sachen spaeter im einzelnen besprechen. -

Was Sie mir bis jetzt geschildert haben, bezieht sich auf Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Es geschehen in dem Geschaeftsbetrieb der Ministerien noch verschiedene andere Dinge, die nicht so formell festgelegt sind. War das die Parteikanzlei auch eingeschaltet?

A. Die Ministerien hatten natuerlich das Interesse, die Zustaendigkeiten, die sie hatten, nun auch selbst wahrzunehmen. Es war fuer sie immer sehr unangenehm, wenn sie uns in diesen gesetzlich festgelegten Dingen hoeren mussten. Es geschahen da auch Verzoegerungen. Deshalb war es so, dass uns die Herren in Berlin haeufig im Entwicklungsstadium herueberboten, um sagen zu koennen: Ja, Herrschaften, das hier ist eine Sache, die muessen wir wahrscheinlich noch besprechen, oder das koennt Ihr so machen. Da hatten wir fuer die Verordnungen, die herauskamen, schon Vorbesprechungen gehabt. Es war immer auf dem Sektor der Gesetzgebung. Personalien war Sache von III P.

23. F. Nun haben Sie in Ihrem Referat auch sehr unangenehme Geschichten gehabt, wenigstens im heutigen Lichte gesehen unangenehme Geschichten. Da waren Gesetze, die sich, wie ich vorhin schon angedeutet habe, auf die

Rassefragen bezogen, z.B. die 13. Durchfuhrungsverordnung zum RBG.

- A. Ich muss ehrlich sagen, ich kann mir darunter im Augenblick nichts vorstellen.
24. F. Diese Verordnung bestand aus 2 wesentlichen Punkten:
1. Die Strafverfolgung von Juden wurde der Polizei uebertragen,
 2. Die Beschlagnahme des juedischen Vermoegens beim Tode eines Juden.
- A. Ich muss ehrlich sagen, ich weiss es nicht. Da musste man mal die Verordnung sehen, wann es gewesen ist, wie das gelaufen ist. Ich erinnere mich an die Verordnung nicht.
25. F. Der urspruengliche Vorschlag ging vom Justizministerium aus. Im Vorbereitungsstadium hiess diese Geschichte: Die Verordnung ueber die Rechtsbeschraenkungen der Juden.
- A. Dann gehoert es zu KREX KLEMM, dann ist es eine Justizsache.
26. F. Die Stellungnahme der Parteikanzlei, die auf eine Verschaerfung hinzielt, traegt das Aktenzeichen III C, KLEMM. Herr KLEMM sagt aber, ich habe damit nichts zu tun gehabt. Das war ANCKER, denn wenn sich die Sache mit der Rassefrage befasste, dann war III A federfuehrend und wir hatten nichts damit zu tun gehabt, auch wenn es das Aktenzeichen III C traegt. Das heisst nur, dass das bei uns einlief, von uns weitergegeben wurde und dann das Aktenzeichen behalten hat. Es duerfte auch von Ihnen aus interessant sein, das zu erklaren.
- A. Ich schaezte KLEMM. Deshalb kann ich das nicht verstehen. KLEMM hat sehr auf seine Zustaendigkeit in allen Justizdingen geachtet. Die Beschraenkung der Rechtsfaehigkeit und gerade Gerichtsbarkeitssachen, die Frage der Unabhaengigkeit des Richters und alle diese Dinge - ich kann das ja nicht beurteilen, weil ich nichts davon verstehe - alle diese Dinge hat KLEMM

in der Hand gehabt. Er war auch der ~~Wissenschafts~~ Dienstaelttere, deshalb war es schon rein dienstlich nicht moeglich, gegen die Stellung von KLEMM anzugehen. Ich kann es nicht sagen. Da muesste man die Unterlagen sehen. Es ist durchaus moeglich, dass III A beteiligt wurde. Das ist sogar sicher moeglich gewesen, dass III A die Stellungnahme der Aemter einholte und dass diese Stellungnahme von III C mitverarbeitet wurde.

27. F. Aber nach dem, was KLEMM sagte, handelt es sich nicht um eine Beteiligung, sondern dass III C, wenn auch das Aktenzeichen darauf war, nichts damit zu tun hatte.

A. Das kann ich nicht verstehen.

28. F. Ich kann es auch nicht verstehen. Ich habe es ihm auch nicht geglaubt. Sie wissen ja, dass heute das grosse Abschieben auf andere Leute stattfindet, die irgendetwas damit zu tun gehabt haben koennten.

A. Die Sachen, die auf dem rassepolitischen Sektor gelaufen waren, sind bei mir die Mischlingsdinge gewesen, und zwar Gleichstellungsantraege von Mischlingen bei der Wehrmacht. Da hatte mein Mitarbeiter einen Sonderauftrag von BORMANN.

29. F. Wann sind Sie hereingekommen?

A. Im Januar 1942.

30. F. Da hat schon eine ganze Masse auf dem Rassesektor gespielt.

A. Das muesste von Fall zu Fall geprueft werden. Ich kann es aus dem Kopf nicht sagen.

31. F. Wollen wir erst diesen Punkt klaeren: Wenn das das Aktenzeichen III C traegt, dann stimmt das nicht, dass Sie das gewesen sind?

A. Das kann nicht stimmen. Es muss unter III A gelaufen sein.

32. F. Sie sagten vorher, Sie haben KLEMM sehr geschätzt.
- A. Ich habe ihn in Holland kennengelernt als frischen, kameradschaftlichen Menschen.
33. F. War Ihnen THIERRACK ein Begriff?
- A. Ich habe ihn einmal gesehen. Er machte mir den Eindruck eines fetten Spiessers mit einem Bullengesicht. -
worden
Es ist mir von einem Herrn gesagt, der KLEMM auch kennt, er verstuende nicht, dass KLEMM mit THIERRACK befreundet gewesen sei, denn THIERRACK sei ein Schwein gewesen.
34. F. Wenn die Rasse- und Justizfrage sich ueberschritten haben, wie ist das dann gehandhabt worden.
- A. Federfuehrer war das dafuer zustaeendige Ressort. Wir hatten auch sehr viel mit wirtschaftlichen Dingen zu tun. Das war das Wirtschaftsreferat. Dann kam es zu uns, III A.
35. F. Sie sagten, KLEMM war sehr interessiert daran, dass niemand an seine Zustaeendigkeit ruehrte?
- A. Das war ganz klar.
36. F. Wie war seine Position im allgemeinen?
- A. Gut. Er war mit KLOPPER gut befreundet und war sein allgemeiner Vertreter. Wenn KLOPPER weg war, guckte KLEMM BX die Sachen durch.
37. F. Fuer alle?
- A. Fuer die ganze Abteilung.
38. F. Wenn z.B. auf dem Justizsektor Personalvorschlaege vorlagen, wer hat die bearbeitet?
- A. Formal III P. Aber das wurde im allgemeinen mit KLEMM besprochen. Bei mir war das anders, weil ich mich fuer Personalsachen nicht mehr

interessierte.

39. F. Woher wissen Sie, dass diese Sachen mit KLEMM besprochen wurden?
- A. Das weiss ich nicht, das nehme ich an. Es gehoerte anstandshalber dazu, dass der Mann von der Justiz dazu gehoert wurde.
40. F. Wenn man den Herrn KLEMM hoert, hat er in der Parteikanzlei nichts zu tun gehabt. Er war nur da gesessen, warum er da gesessen hat, ist unklar. Alle Rassegesetze haben Sie gemacht, Personalfragen III P. Er war nur Brieftraeger, der das an die verschiedenen Stellen weitergegeben hat. Dem ist doch nicht so?
- A. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass es bei III P so gewesen ist.
41. F. Auch nicht bei den Gesetzesvorschlaegen.
- A. Nein. KLEMM war ein energischer Mann, der sich die Butter nicht vom Brot nehmen liess.

RESTRICTED

Dulles, v. 3.4.47

LS-812-16

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

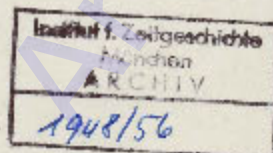
RESTRICTED

ZS-812-17

Interrogation # 983-b.

Dr. Kappner - Ministry Section
Mr. Wodleyhan

Vernehmung des Edinger ANCKER vom 3. April 1947
von 10 Uhr 45 bis 11 Uhr 30 durch Hr. BEAUVAIS.
Frl. Bergmann, Stenografin.



1. F. Sind Sie derselbe Edinger ANCKER, der von mir am 28. März 1947 vernommen und verurteilt wurde?
A. Jawohl.
2. F. Sind Sie sich darüber klar, dass Sie noch unter diesem Eid stehen?
Jawohl.
3. F. Sie haben noch etwas fuer mich?
A. Ich habe mir dieses Schreiben von KLEMM noch einmal durchdacht. An wen ging das Antwortschreiben? Das ging doch sicher von III C an den Justizminister.
4. F. Ja. (Zeigt Fotokopie NG-151 - Parteikanzlei III C vom 9.9.42 an den Justizminister.)
A. Das ist eine III C-Sache, denn mit dem Justizminister durfte niemand andere verkehren als III C.
5. F. Das sagte KLEMM schon, sagte aber, dass in dieser Ansicht von III C III A unbedingt Diktum war und es III C nicht gestattet war, materiell an solchen Sachen zu arbeiten, sondern dass er sozusagen nur Sekretär war von III A. Wollen Sie sich das mal durchlesen?
A. Also der ganze Inhalt dieses Schreibens ist so speziell juristisch, betrifft ausschliesslich verfahrensrecht und ich muss ehrlich sagen, ich habe die Justiz nur bis zum Referendar mitgemacht, ich haette das sachlich garnicht machen koennen. Der Inhalt dieses Schreibens muss

00015

III C-Sache sein. Es ist anzunehmen, dass die Sache bei III A durchgelaufen ist zur Mitzeichnung. Das ist sogar wahrscheinlich.

6. F. Wollen wir das mal allgemein formulieren. Wenn KLEMM sagt, dass bei Parteikanneivoten zu Justizministeriumsentwürfen, die sich irgendwie mit dem Rassekomplex befassten, III C nichts zu sagen hatte, sondern III A die zuständige Stelle war, ist das falsch?

A. Jawohl. In dieser Allgemeinheit ist es absolut falsch, denn die Sachbearbeitung der Justiz lag ausschliesslich bei III C.

7. F. Ich will ein anderes Beispiel geben: Es lag ein Entwurf vor, das deutsche Jugendstrafrecht auch auf Jugendliche anderer Nationalität auszudehnen. Das lief dann bei der Partei-Kanzlei durch, wurde begutachtet und dem wurde zugestimmt mit der ausdrücklichen Betonung, dass jugendliche Juden, Polen, Zigeuner und Russen auszuschliessen seien. Da sagte wiederum KLEMM: Damit konnten wir nichts zu tun haben, das kann nur III A gemacht haben, obwohl es Justizangelegenheit ist, obwohl es III C bearbeitet und unterzeichnet hat. KLEMM lehnt das ab. Er sagt: In Rassefragen konnten wir nichts machen, das mussten wir III A - ANCKER - vorlegen und was III A gesagt hat, mussten wir annehmen.

A. Das stimmt nicht. - Wenn ich hier einschleichen darf, was ich auch noch erwähnen wollte: Die Stellungnahmen der Partei-Kanzlei überhaupt und die Arbeit - ich nehme auch an, dass es grundsätzlich bei III C ebenso gewesen ist - ist keine Stellungnahme des jeweiligen Sachbearbeiters gewesen, sondern die Aufgabe war ja, die Stellungnahmen der Hauptämter zu sammeln und diese dem Reichsleiter zur Bearbeitung vorzulegen. Nun war das persönliche Verhältnis zu BOEHMANN so und vor allen Dingen der Staatssekretär KLOPPER legte Wert darauf, dass nur Entscheidungen kamen,

die von SCHMANN nicht umgestossen werden sollten. Was an Vorschlaegen heraufging war so, dass er der am Bande vermerkten festliegenden Meinung von SCHMANN entsprechen hatte. Das wollte ich noch sagen, dass KLEMM in dieser Angelegenheit nicht selbst Stellung hatte nehmen koennen, nachdem diese beiden Hauptleute, HIMMLER und TRIERACK, schon zugestimmt hatten. Was anderes war sein persoenliches Verhaeltnis zu TRIERACK.

8. F. Wann kamen Sie in die Parteikanzlei?
- A. Im Januar 1942.
9. F. Dann waeren Sie also bei den Vorbesprechungen zur Polenstrafrechtsverordnung 1941 noch nicht da?
- A. Nein.
10. F. Sind Ihnen von Ihnen aus noch Sachen eingefallen, die zu dem Komplex KLEMM etwas zu sagen haetten?
- A. Nein.
11. F. Ich moechte Sie nochmals auf die ethische Seite dieser ganzen Angelegenheit aufmerksam machen. Sie haben mir gesagt, dass Sie persoenlich von den makabren uehlen Auswuechsen des Dritten Reiches, also dem Ausrottungsprogramm usw., abruucken?
- A. Ja wohl.
12. F. Ich glaube Ihnen das. Wir wissen aber ebenso gut, dass Herr KLEMM ueber Herrn TRIERACK's Intentionen informiert war und dass er nach seiner Einberufung in das Justizministerium mitgebracht hat. Diese 8.000 Todesurteile der zivilen Justiz sind zum grossen Teil von KLEMM bestaetigt und dass nach solchen Erwaegungen Freundschaften aus der Vergangenheit zuruecktreten muessen, ist Ihnen doch klar?
- A. Ich bin absolut der Meinung.

13. F. Was war Ihre persönliche Auffassung zur Judenfrage im allgemeinen?
- A. Dass die Juden ein besonderes Volk sind und dass es fuer beide, fuer die Juden und die Deutschen, das beste gewesen waere, wenn sie eine peinliche Scheidung voneinander gehabt haetten. Das schloss natuerlich nicht aus, was ich persoenlich gesehen habe, dass man mit den Juden Umgang gehabt hatte.
14. F. Nun wollen wir sehen, wie sich das praktisch auswirken sollte: Ein Mann war Rechtsanwalt. 1933 kam die rassistische Trennung. Was soll der Mann machen? Wie wuerden Sie diese Faelle behandeln, beruflich gesehen?
- A. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Juden wie alle anderen Staatsangehoerigen zu behandeln seien.
15. F. Haben Sie mit KLEMM persoenlich viel zu tun gehabt?
- A. Persoenlich verkehrt haben wir in Holland.
16. F. Worin hat seine Aufgabe in Holland bestanden?
- A. Seine Aufgabe in Holland bestand darin, die Fuehrung der Niederlaendischen Justiz durch den Reichskommissar durchzufuehren und, soweit ich mich erinnere, hat KLEMM die Auffassung vertreten, moeglichst wenig hineinzufunken in die Hollaendische Justiz. Er stand auf dem Standpunkt, dass sie sehr gute Juristen seien, die auch eine gute Justizverwaltung hatten und hat immer wieder betont, dass er sich gegen politische Vorstoesse wehren wuerde. Daraus habe ich immer entnommen, dass KLEMM eine sehr zurueckhaltende und vernuenftige Politik betrieb. Es gab dort zwei Stroemungen. Die einen wollten nur Besatzungsmacht sein und sich in die inneren Dinge nur hineinwagen, soweit es die Kriegfuehrung gegen den Osten erforderlich machte. Die andere war der Auffassung - das war diese politische Auffassung von Generalkommissar Schmidt - jetzt

während des Krieges auf dem Bajonett der Besatzungsmacht erst politische Stuetzpunkte parteilicher Art zu schaffen. .

17. F. Wer hat die Abschiebung der Juden in Holland gemacht?
- A. Das muss nach meiner Zeit gewesen sein. Das kann ich nicht beurteilen. Meiner Kenntnis nach war das alles ein Spezialreferat im RSHA. Ich wusste garnicht, dass ausser den Polizeileuten die Justiz damit zu tun gehabt hatte.
18. F. Die Justiz hatte natuerlich insoweit damit zu tun, als der Justizsektor dafuer in Frage kam.
- A. Soweit ich mich erinnere, war die Polizei damit befasst. Ist es nicht eine Anweisung von HIMMLER gewesen?
19. F. Es wird schon die Polizei gewesen sein. Unterstand die Holländische Polizei dem RSHA?
- A. Nein. Was Salwege im Reich ueber das Innenministerium nicht klar kriegte, namentlich die Polizei als Sonderverwaltung einzurichten, versuchten sie in Holland als Besatzungsmacht durchzufuehren.
20. F. Ich moechte noch eine Klarstellung: In den beiden Stellungen, sowohl beim Reichskommissar als auch in der Partei-Kanzlei, war KLEMM immer Abgeordneter vom Justizministerium?
- A. Jaephrl. Etwas anderes gab es garnicht. Ich bin der Auffassung, dass er immer nur verwaltungsmessige Aufgaben wahrgenommen hat, sich auch als Beamter des Justizministeriums gefuehlt hatte. Das wuesste ich nicht, ob das Justizministerium diese Dinge, wenn es auf dem Polizeisektor ^{es} Interessen gehabt hatte, die sich im Reich nicht durchsetzen konnte, in Holland machen wollte.
21. F. Hat KLEMM zu Ihnen jemals ueber THIRACK gesprochen?

- A. Nicht dass ich wusste.
22. F. Die Einfuhrung der Nuernberger Rassegesetze in den Eingegliederten Gebieten war eine Geschichte des Innenministeriums?
- A. Ja, denn die Nuernberger Rassegesetze sind ja wohl vom Innenministerium erlassen worden. Ich kann es nicht genau sagen, das musste man mal sehen.
23. F. Waere da das Justizministerium beteiligt gewesen?
- A. Das musste man genau nachruefen. Das ergibt sich aus der Ueberschrift, wer die Verordnung erlassen hat. Da musste man sehen, ob Bestimmungen drin gewesen waeren, die die Justiz betreffen haben. Da musste jedes Fachressort beteiligt gewesen sein.

RESTRICTED